

industrie beständig zulegen, sodass das von der Regierung anvisierte Ziel von 10 Mrd. MPtc (1,25 Mrd. US\$) Steuereinnahmen aus diesem Sektor ohne Mühe erreicht werden dürfte. 70% der jährlichen Steuereinnahmen stammen aus dem Glücksspiel. (XNA, 16.7., 2.8.04)

Macaos Tourismusboom hält an. Im ersten Halbjahr 2004 wurden 7,73 Mio. Besucher gezählt, 52,6% mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres und etwas mehr als die Gesamtzahl der Touristen im Jahr 1999, dem letzten Jahr unter portugiesischer Herrschaft. Die Zahl der Besucher vom Festland stieg in dem Zeitraum um 96,3%. Allein im Juni kamen 1,3 Mio. Besucher, das bedeutet einen täglichen Besucheransturm von durchschnittlich 43.358 Touristen (96% kommen vom Festland, aus Hongkong und Taiwan), die sich mit 450.000 Einwohnern und den 27 Quadratkilometern arrangieren müssen. (XNA, 21.7.04; SCMP, 4.8.04)

Das Hotelgewerbe verzeichnete im ersten Halbjahr 2004 1,87 Mio. Gäste, ein Zuwachs um 52% im Vergleich zum ersten Halbjahr 2003, als der Tourismus unter den Folgen der SARS-Epidemie litt. Die 67 Hotels und Gästehäuser mit insgesamt 9.300 Zimmern meldeten im Juni eine durchschnittliche Belegungsrate von 74,9%, ein Plus von 25,2% gegenüber dem Juni 2003. Die meisten Gäste kamen vom Festland (56,4%) und aus Hongkong (32,6%). (XNA, 7.8.04) -ljk-

Taiwan

31 Hochrangige Delegation aus Singapur besucht Taipei

Taiwan konnte im Juli einen seltenen diplomatischen Erfolg verbuchen: Der Stellvertretende Ministerpräsident von Singapur, Lee Hsien Loong (Li Xianlong), kam mit einer Delegation am 10.7. zu dreitägigen politischen Gesprächen nach Taipei. Im Hinblick auf Beijinger Empfindlichkeiten wurde der Aufenthalt nicht als Staatsbesuch behandelt, sondern war als Privatreise deklariert. Gemessen am unaufwendigen diplomatischen

Protokoll könnte man am ehesten von einem Arbeitsbesuch sprechen; Inhalt und politische Bedeutung gingen jedoch darüber hinaus. Schließlich sind in Taipei Besuche hochrangiger Politiker von Staaten, die offiziell der Ein-China-Doktrin Beijings verpflichtet sind, eine Rarität.

Der besondere Charakter des Besuchs resultiert auch daraus, dass Vizepremier Li als weiteren hohen Amtsträger Verteidigungsminister Teo Chee Hean (Zhang Zhixian) mitbrachte. Von taiwanischer Seite nahmen an den Gesprächen Ministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun), der Generalsekretär von Präsident Chen, Su Tseng-chang (Su Zhenchang), und Verteidigungsminister Lee Jye (Li Jie) teil; am 12.7. kam es zudem zu einem Gespräch mit Präsident Chen Shui-bian selbst. Außerdem traf Lee Hsien Loong den Vorsitzenden der Nationalen Volkspartei (KMT), Lien Chan (Lian Zhan), Parlamentspräsident Wang Jin-pyng (Wang Jinping) und Taipeis Bürgermeister Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu).

Ein Kommuniqué zum Inhalt der Gespräche wurde nicht herausgegeben, und Fragen von Journalisten blieben unbeantwortet. Gleichwohl sickerte einiges an Informationen durch; zudem äußerte sich Lee Hsien Loong nach seiner Rückkehr zu einigen Punkten.

Eines der besprochenen Themen betraf demnach die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten. Unter anderem stand hier ein besonders von Taiwan gewünschtes Freihandelsabkommen zur Debatte.

Ein weiterer Punkt war die militärische Zusammenarbeit. Sehr zum Ärger Chinas führt Singapur nach wie vor das 1975 begonnene „Starlight“-Programm fort, im Rahmen dessen Taiwan der Singapur Armee zu deren Ausbildung Truppenübungsplätze zur Verfügung stellt. Im Laufe der Jahre sind aus dieser Kooperation zahlreiche informelle Beziehungen zwischen den Militärs beider Staaten erwachsen.

Drittens schließlich ging es um Fragen der regionalen Sicherheit. Lee äußerte sich nach seiner Rückkehr hierzu gegenüber der Singapur Presse. Demnach habe Singapur als Kleinstaat eminentes Interesse an einem

friedlichen Umfeld. Er sei seit 1992 nicht mehr in Taiwan gewesen, wo sich die Situation seither völlig gewandelt habe. Es sei daher wichtig gewesen, sich aus erster Hand einen Eindruck von den Verhältnissen zu verschaffen, und zwar im Interesse Singapurs, dessen Wohlergehen zu fördern der Ministerpräsident verpflichtet sei. Lee spielte hiermit darauf an, dass er im August den bisherigen Regierungschef Goh Chok Tong (Wu Zuodong) beerben wird.

Erst im Mai war Lee auf Staatsbesuch in Beijing gewesen. Daher wurde spekuliert, er würde womöglich als Mittler zwischen beiden Seiten agieren. Die heftigen Proteste Beijings gegen die Taiwanreise Lees lassen es allerdings als ausgeschlossen erscheinen, dass Lee gewissermaßen in geheimem Auftrag unterwegs war. Lee selbst wies derartige Spekulationen auch ausdrücklich zurück. Andererseits ist es beinahe offensichtlich, dass Singapur die Gefahr eines militärischen Konfliktes gern mindern oder womöglich bannen möchte. Dem entspricht, dass Lee im Anschluss an den Besuch Taiwan vor einer Fehleinschätzung warnte. Seinem Eindruck nach sei man dort derart mit innenpolitischen Querelen beschäftigt, dass man die Kriegsgefahr unterschätze. Taiwan habe noch nicht richtig begriffen, wie rasch sich China wandle und wie sehr damit auch die wechselseitige Abhängigkeit zwischen China und den USA wachse. „Wie es scheint, glauben die meisten [in Taiwan], dass die USA Taiwan zu Hilfe eilen, wenn China angreift. Das ist für mich ein Grund zur Sorge“, erklärte Lee.

Ein aus eigenem Interesse rührendes Bemühen, beide Seiten einander näher zu bringen, würde für Lee Hsien Loong zudem bedeuten, das Erbe seines Vaters und früheren Singapur Staatschefs Lee Kuan Yew (Li Guangyao) fortzuführen. Mit dessen Hilfe kam vor elf Jahren der unterdessen wieder auf Eis gelegte, erste halboffizielle Dialog zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße zustande. Lee Kuan Yew besuchte Taiwan mehrere Male und unterhielt gute Beziehungen mit seinem dortigen Amtskollegen, dem Beijing verhassten Lee Teng-hui (Li Denghui).

Lee Hsien Loongs Gespräche in Taipei signalisieren daher keine neue China-

oder Taiwanpolitik auf Seiten Singapurs. Vielmehr bestätigt Lee mit seinem Besuch, was er im Kern auch mündlich hinterher zur Rechtfertigung erklärte: Singapur legt Wert auf seine Unabhängigkeit und nimmt sich daher die Freiheit, die Beijinger Ein-China-Doktrin auch mal etwas weicher zu interpretieren, als es der chinesischen Regierung lieb ist. Auch die Fortsetzung und eventuelle Stärkung der militärischen Zusammenarbeit mit Taiwan fällt in diesen Rahmen – ein chinesisches Angebot, Gelände auf der Insel Hainan für Militärbungen zu nutzen, hatte Singapur 2001 abgelehnt, da die konservative und im Kern antikommunistisch eingestellte Militärführung Singapurs vermeiden wollte, die eigenen Streitkräfte zu sehr dem Einfluss des mächtigen China auszusetzen. Dabei geht es Singapur (eingestandenermaßen) vornehmlich um wirtschaftliche Interessen. Die aber verlangen nach Frieden in der Region.

Ob es Lee nach seinem Aufstieg zum Regierungschef gelingen wird, einen neuen chinesisch-taiwanischen Dialog zuwege zu bringen oder in anderer Weise zur Entschärfung des potenziell hoch gefährlichen Konflikts an der Taiwanstraße beizutragen, bleibt abzuwarten. Dass er hier aktiv werden möchte, ist allerdings schon jetzt abzusehen. Dem entsprach die Äußerung eines ungenannt gebliebenen Mitarbeiters im taiwanischen Präsidentenbüro. Er erklärte nach dem Gespräch Lee Hsien Loongs mit Chen Shui-bian, es zähle zu Lees Prioritäten, seine Glaubwürdigkeit als Einziges Schwergewicht im Dialog zwischen beiden Seiten zu stärken. (CNAT, nach BBC PF, 10.7., 11.7., 12.7., 13.7., 14.7., 16.7., 17.7.2004; SCMP, 12.7., 14.7.2004; TT, 12.7., 13.7.2004) -hws-

32 Taifun löst Kritik an Landnutzung aus

Taifun Mindulle verursachte Anfang Juli in Süd- und Mitteltaiwan schwere Überschwemmungen und löste Erdbeben aus. Stellenweise handelte es sich um die schlimmsten Fluten seit 25 Jahren. Auch nach dem Abzug des Taifuns hielten die Regenfälle zunächst an. Die Schadensziffern stiegen von Tag zu Tag. Mitte des Mo-

nats wurden 29 Tote und 12 weiterhin Vermisste gezählt. Allein die Vermögensschäden in der Landwirtschaft wurden auf rund 171 Mio. US\$, die Gesamtschäden auf knapp 400 Mio. US\$ beziffert. Hunderte von Wohnhäusern, Hotels, Brücken und Straßen sowie Freizeiteinrichtungen wurden zerstört, 1,1 Mio. Hühner ertranken, 4.500 ha Fischteiche wurden überschwemmt. 213.500 Haushalte waren von Stromausfällen und 718.700 von einem Zusammenbruch der Trinkwasserversorgung betroffen. Die Regierung legte ein 10,5 Mrd. NT\$ starkes finanzielles Hilfsprogramm aus Bargeld-Soforthilfen (auch für betroffene Industrieunternehmen) sowie niedrig verzinsten Darlehen für die Landwirtschaft auf. (CNAT, nach BBC EF, 7.7.2004; TT, 4.7., 5.7., 6.7.2004; ST, 9.7.2004)

Die Schäden lenkten die Aufmerksamkeit einmal mehr auf den über Jahrzehnte praktizierten Raubbau an der Natur und die weiterhin bestehenden Mängel in der Landnutzungsplanung. Laut Lee Yuan-tseh (Li Yuanzhe), dem Präsidenten der Academia Sinica, waren die Überschwemmungen und Berggrutsche vor allem eine Folge „exzessiver und planloser Umnutzung von Bergland“. Im Hintergrund steht die Abholzung der natürlichen Bergwälder zum Anbau von Betelnüssen, deren Pflanzen jedoch nicht tief genug wurzeln, um die Hänge in dem Maße zu stabilisieren, wie es die natürliche Bewaldung vermag. Die jetzt vom Unwetter betroffenen Flächen sollten, so Lee, nicht neu kultiviert, sondern der Natur zurückgegeben werden. (*Taiwan News*, nach BBC PF, 8.7.2004)

Wu Maw-kuen (Wu Maokun), Vorsitzender des Nationalen Wissenschaftsrats, mahnte eine sorgfältigere Risikoanalyse bei öffentlichen und privaten Bauvorhaben an. Dass das wissenschaftliche Instrumentarium zur Vermeidung solcher Schäden vorhanden ist, bestätigten Erfahrungen, die mit ökologisch optimierten Verfahren zur Sicherung von Uferböschungen gewonnen wurden. (TT, 9.7., 14.7.2004)

Die Mahnungen der Wissenschaftler scheinen mittlerweile bei der Politik Gehör zu finden. Ministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun) zufolge soll ein Gesetz ausgearbeitet werden, das die Landnutzung auch zum Wohnen und

zum Straßenbau in gefährdeten Gebieten einschränkt oder untersagt; bereits dort Siedelnden sollen Anreize zur Umsiedlung geboten werden. Tatsächlich hatte das Kabinett bereits im Juni im Parlament den Entwurf eines Nationalen Landnutzungsplanungsgesetzes eingebracht, das bereits in die genannte Richtung weist und zu umweltverträglicher Landnutzung unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit führen soll. Experten erklärten allerdings, dass die Arbeit des Gesetzgebers mit der Verabschiedung des neuen Landnutzungsgesetzes noch nicht erledigt sei, zumal einer ökologischen und nachhaltigen Landnutzung noch ältere, überholte Gesetze entgegenstünden. (*Taiwan News*, nach TH, 10.6.2004; CNAT, nach BBC PF, 28.7.2004)

Von einer Neuordnung der Landnutzung insbesondere in den Bergregionen ist die dort siedelnde Urbevölkerung besonders betroffen. Siehe hierzu die nachfolgende Übersicht. -hws-

33 Ureinwohner protestieren gegen Vizepräsidentin Lü

Vizepräsidentin Annette Lü brachte im Juli die Ureinwohner gegen sich auf. Lü ist von jeher berüchtigt wegen ihrer oft befremdenden, undiplomatischen Äußerungen und ihrer Rechthaberei. Auslöser waren dieses Mal die Schäden, die Taifun Mindulle im mittel- und südtaiwanischen Bergland – Hauptsiedlungsgebiet mehrerer Ureinwohnervölker – verursachte. Im Hinblick darauf, dass die von den Fujian-Chinesen bei ihrer Zuwanderung schon seit Jahrhunderten ins Bergland zurückgedrängten Ureinwohner in Gebieten leben, die unter ökologischem Gesichtspunkt eigentlich von menschlicher Siedlung frei bleiben müssten, schlug sie vor, die Dorfbewohner könnten doch nach Mittelamerika auswandern und sich bei Taiwans Verbündeten eine neue Existenz aufbauen.

Der erstaunliche Vorschlag an einen Teil des Staatsvolks, sich doch am besten zu entfernen, führte zunächst zu Nachfragen seitens der Presse. Wie erwartet, stritt Lü ab, die Ureinwohner zum Verlassen des Landes aufzufordern zu haben, vielmehr habe sie aus humanitärer Sorge um die Tai-

funopfer angeregt, sie könnten doch nach Lateinamerika emigrieren. Damit bestätigte sie aber im Kern, was sie gesagt hatte und nicht gesagt haben wollte. Die Ureinwohner, die jahrzehnte-, wenn nicht jahrhundertlang als Bürger zweiter Klasse behandelt worden waren und sich bis in die jüngste Vergangenheit politisch wie sprachlich diskriminiert sahen, reagierten verständlicherweise allergisch auf die Idee, ihre Heimat „aus humanitären Gründen“ verlassen zu sollen, und verlangten von Lü eine Bitte um Entschuldigung. Die aber mochte, wie stets, kein Fehlverhalten bei sich zu erkennen, sondern beklagte eine gegen sie gerichtete Medienkampagne. Um schweres sprachliches Geschütz nie verlegen, charakterisierte sie die Berichterstattung als „schwarzen Terror“. Das Fass zum Überlaufen brachte sie dann kurz darauf, als sie behauptete, Taiwan sei nicht von den heutigen Ureinwohner erstmals besiedelt worden, sondern von später verschwundenen „schwarzen Pygmäen“. Daraufhin begannen zwei Volksvertreter, die Angehörige von Ureinwohnerstämmen sind, einen Hungerstreik vorm Präsidentenpalast. 50 weitere unterstützten den Protest für eine Nacht mit einem Sit-in. Die Aktion wurde dann jedoch, da nicht im Vorwege angemeldet, von der Polizei beendet.

Seitens des Präsidenten wurde zunächst versucht, die Situation zu entspannen, indem ein Sprecher erklärte, die Vizepräsidentin habe es ja nur gut gemeint. Der Sprecher distanzierte sich allerdings auch insofern, als er klar stellte, Lüs Aussagen entsprächen nicht der politischen Linie ethnischer Versöhnung.

Nachdem dieser Versuch, die Wogen zu glätten, allerdings nicht fruchtete, hatte Präsident Chen zu entscheiden, welcher politische Schaden größer sein würde: fortgesetzter Glaubwürdigkeitsverlust der Regierung bei ihren ethnischen Integrationszielen oder eine Distanzierung von der Vizepräsidentin. Nach einigen Tagen des Zögerns entschied sich Chen für die Ureinwohner und gegen Lü, als er den Sieg eines DPP-Mitglieds und Ureinwohners bei Nachwahlen in Kaohsiung zum Anlass nahm, die Ureinwohner zu den „wahren Herren Taiwans“ zu erklären. Zudem empfing Chen einen Ureinwohner, der als Extremsportler

einen Lauf durch die Atacamawüste (Chile) gewonnen hatte, demonstrativ im Präsidentenpalast.

Der Zorn der Ureinwohner war damit jedoch nicht besänftigt, denn Chen hatte Lü und ihre Äußerungen nicht explizit erwähnt oder als falsch erklärt, und Lü ihrerseits beharrte weiterhin darauf, sich für nichts entschuldigen zu müssen. Bei dieser Ansicht blieb sie auch nach einer Protestdemonstration, zu der sich am 22.7. 2.000 bis 3.000 Ureinwohner vor dem Präsidentenpalast versammelten.

Das Verhältnis zwischen Präsident und Vizepräsidentin war noch nie von besonderer Zuneigung geprägt. Beide haben ein sehr unterschiedliches Temperament. Vor der letzten Präsidentschaftswahl hatten denn auch viele erwartet, Chen würde sich nicht erneut für Lü als Mitbewerberin entscheiden. Es fand sich allerdings offenbar keine geeignete Alternative. Jetzt droht Lü erneut zur gefährlichen Belastung zu werden, denn die Parlamentsneuwahlen im Dezember rücken näher. Die Lösung, die Betroffene in der Katastrophenregion vorschlugen, wird sich allerdings so schnell nicht realisieren lassen: Lü solle doch ihrerseits in Lateinamerika ein neues Leben anfangen. Da Annette Lü nicht fähig ist, aus ihren Fehlern zu lernen – und auch nicht zu schweigen – wird sie der dankbaren Opposition weiterhin Gratismunition liefern.

So gesehen ging es dieses Mal noch einigermäßen glimpflich aus. Die Ureinwohner nämlich genießen vielfach keine großen Sympathien. Nachdem sie von gutem Minderheitenschutz und staatlichen Zuwendungen profitieren und auch bei Wahlen bevorteilt sind, erwecken sie eher den Neid anderer unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen. Dies wiederum machen sich manche Politiker in populistischer Weise zunutze. Insofern fiel der öffentliche Aufschrei nach Annette Lüs Entgleisungen denn auch relativ schwach aus. (*Taiwan News*, nach BBC PF, 15.7.2004; ST, 15.7., 17.7.2004; TT, 11.7., 16.7., 17.7., 21.7., 23.7., 25.7.2004; CNAT, nach BBC PF, 23.7.2007) -hws-

34 Neue Bankenaufsicht nimmt Arbeit auf

Fünf Jahre, nachdem der damalige Premierminister Vincent Siew (Xiao Wanchang) erstmals Derartiges vorgeschlagen hatte, nahm Anfang Juli die direkt beim Kabinett angesiedelte Finanzaufsichtskommission ihre Arbeit auf. Ihre Hauptaufgabe ist die Bankenaufsicht, die auf diese Weise erstmals bei einer darauf spezialisierten Dachorganisation zentralisiert und koordiniert wird. Zudem soll die Kommission die rechtliche Gestaltung des Finanzsektors weiterentwickeln helfen und entsprechende Gesetzesvorlagen an das Kabinett ausarbeiten. Verteilt auf vier Behörden unterstehen der Kommission insgesamt 900 Mitarbeiter.

Der Vorsitzende der Kommission, Kong Jaw-sheng (Gong Zhaosheng), kündigte jedoch kein Mehr an staatlichen Eingriffen und Regularien, sondern eine eher deregulatorische Politik an. Ziel sei eine Liberalisierung und Internationalisierung des Bankensektors. So sollten unangemessene Hindernisse für ausländisches Engagement beseitigt werden. Konkret angekündigt wurde bereits, dass der Staat in Zukunft nicht mehr für alle Bank-einlagen gerade stehen wird, sondern nur noch für versicherte. Damit soll die Eigenverantwortung der Banken gestärkt und gleichzeitig die Rolle des Staates zurückgedrängt werden.

Mögliche Konflikte mit der bisherigen Regierungspolitik zeichnen sich ab, was den Umgang mit China angeht. Kong möchte chinesische Firmen nämlich nicht anders behandeln als andere ausländische.

Die neue Institution dürfte für Taiwan in jedem Fall zu einem Gewinn werden. Mit der Politik, die der Vorsitzende ankündigt, könnten die Ziele einer Konsolidierung des taiwanischen Finanzsektors und seine weitere Öffnung gleichzeitig verfolgt und damit Taiwan eine bessere Position im Weltfinanzgeschehen gesichert werden. (TT, 2.7., 7.7.2004; *Taiwan News*, nach TH, 2.7.2004; WSJ, 14.7.2004) -hws-

Übersichten Online

Eine Auswahl der Übersichten dieser Zeitschrift können Sie auch **kostenlos** online lesen.

Auf der **Homepage des Instituts für Asienkunde** (www.duei.de/ifa) finden Sie unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“ die Inhaltsverzeichnisse aller Ausgaben dieser Zeitschrift seit 1999 sowie jeweils ausgewählte Übersichten im Volltext seit Ende 2000.

Auf der **Homepage des Hamburger „Haus der Aussenwirtschaft“** (www.aussenwirtschaftszentrum.de) finden Sie unter dem Menüpunkt „Aktuelles und Analysen“ auch wirtschaftsbezogene Übersichten aus dieser Zeitschrift. Hier können Sie darüber hinaus eine gezielte Suche in der Archiv-Datenbank des „Hauses“ vornehmen.